

■ □ ■ 4. Reformkongress der CDU NRW zum Thema Integration im Bonner Wasserwerk

Neue Integrationschancen in NRW

Unter dem Motto „Mehr Zuwanderung oder mehr Einbürgerung? Eine neue Integrationspolitik für Nordrhein-Westfalen“ fand am vergangenen Samstag in Bonn der 4. Reformkongress der CDU NRW statt. Rund 600 Besucher verfolgten die Veranstaltung an historischem Ort. Generalsekretär Hendrik Wüst begrüßte neben dem Landesvorsitzenden Ministerpräsident Jürgen Rüttgers eine Reihe hochkarätiger Diskussions Teilnehmer im Bonner Wasserwerk, dem ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages.

Experten auf dem Diskussionspodium

Auf dem Podium nahmen Platz: die Buchautorin und Frauenrechtlerin Serap Çileli, der Bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein, der ehemalige Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Hessen und jetzige Professor für

Politik an der Verwaltungsfachhochschule Hessen Prof. Dr. Hubert Kleinert sowie der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet.

Integration und Zuwanderung

Jürgen Rüttgers erinnerte in seiner Auftaktrede an Missstände aus der jüngsten Vergangenheit, die die Aktualität des Themas Integration und Zuwanderung zeigten. Ereignisse wie etwa der Ehrenmord an einer jungen Türkin in Berlin, die Gewalt an der Rütli-Schule in Neukölln, der Karikaturenstreit, die Krawalle in französischen Vorstädten und auch die aktuelle Diskussion zur Fußball-WM über „No-Go-Areas“ für dunkelhäutige Menschen in den neuen Bundesländern seien deutliche Zeichen dafür, dass hier dringend gehandelt werden müsse.

Multi-Kulti gescheitert

Rüttgers forderte die Politik auf, sich von jahrelang gepflegten Lebenslügen zu verabschieden. Er appellierte auch an seine Partei, diese früheren Lebenslügen in der Zuwanderungspolitik zu beenden. Die CDU habe zulange in der Illusion gelebt, dass die als Gastarbeiter zugewanderten wieder nach Hause gehen würden. Multi-Kulti erteilte er eine deutliche Absage: „Die Anerkennung der Vielfalt von Kulturen darf nicht bedeuten, einer multikulturellen Beliebige-



Jürgen Rüttgers: Die Integration der Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte ist die vielleicht wichtigste gesellschaftspolitische Herausforderung der Zukunft

keit das Wort zu reden.“ Nur wer sich offensiv und selbstbewusst zu seiner Kultur bekenne, werde in der Lage sein, Fremdes und Fremde erfolgreich zu integrieren. Nur wer in seiner eigenen Kultur zu Hause sei, könne das Fremde als das Andere verstehen. „Wer dagegen seine Kultur verleugnet, wird auch Menschen aus anderen Kulturen nicht verstehen können.“ Das Bekenntnis zur Leitkultur sei deswegen keine Deutschtümelei, sondern bedeute Bewußtsein für den Wert der eigenen Traditionen und Geschichte.

Rüttgers: Mehr Einbürgerungen

Rüttgers kündigte an, sich für mehr Einbürgerung stark machen

zu wollen, denn: „Einbürgerungen sind ein Zeichen gelungener Integration.“ Die Landesregierung messe dem formalen Akt des Bekenntnisses zu Deutschland, das die Einbürgerung in ihrem Wesen darstelle, einen hohen Wert zu. Deshalb sei es richtig, entsprechende Einbürgerungsfeiern künftig zu fördern. Rüttgers: „Wir müssen den Menschen das Gefühl für den Wert der deutschen Staatsangehörigkeit stärker als bisher vermitteln.“

NRW ist Land der neuen Integrationschancen

Rüttgers verwies darauf, dass in einem Jahr Schwarz-Gelb schon mehr auf den Weg gebracht worden sei, als die rot-grüne Landes-



Von den rund 600 Kongressteilnehmern beteiligten sich viele aktiv an der Diskussion



Der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen, Hubert Kleinert, forderte alle Parteien auf, eine sachliche Diskussion über Integration zu führen

regierung es in den vier Jahren nach dem Beschluss der Integrationsoffensive zu Wege gebracht habe. Neben dem neu eingerichteten Beirat für Integrationspolitik und dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung komme vor allem dem bundesweit einmaligen Integrationsministerium eine zentrale Rolle zu.

im Bereich der Familienzentren, Ganztagschulen und vorschulischen Sprachförderung von Kindern. Da die Sprachkompetenz der wichtigste Faktor für eine erfolgreiche Berufslaufbahn sei, sei gerade hier für eine bessere Integration anzusetzen. Nur wer sich im Alltag hinreichend gut auf Deutsch verständigen könne, werde von der Gesellschaft integriert werden können.

Fördern und Fordern

In der anschließenden Diskussion begrüßte Serap Çileli ausdrücklich das jüngst in Nordrhein-Westfalen erlassene Kopftuchverbot an Schulen. Sie forderte außerdem dazu auf, Integration durch gleichzeitiges Fördern und Fordern voranzutreiben, wobei „das Fordern notfalls mit harter Hand erfolgen muss“. Çileli berichtete von erschütternden Beispielen häuslicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen innerhalb von türkischen Familien. Mehr Bildung und insbesondere eine konsequente Sprachförderung stellen nach ihrer Ansicht deshalb einen guten Ansatz dar, um der Bildung und Festigung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken. „Sonst bleibt die Deutsche Sprache auch weiterhin draußen vor der Tür, wenn die jungen Leute von der Schule – wo sie Deutsch sprechen – nach Hause kommen.“

Integration ist keine Einbahnstraße

Günther Beckstein rief die Gesellschaft dazu auf, umzudenken: „Früher hieß es: Wer zehn Jahre



Bis auf den letzten Platz gefüllt: Viele Gäste verfolgten den Reformkongress der CDU Nordrhein-Westfalen

lang in Deutschland lebt, ist danach auch integriert.“ Heute müsse es dagegen heißen: „Wer auf Dauer nicht bereit ist, Deutsch zu lernen und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung anzuerkennen, der kann uns auf Dauer nicht willkommen sein.“ Er forderte zu mehr gesellschaftlicher Integration beispielsweise über Vereinsarbeit auf. So sehr sich auf der einen Seite die zu uns Kommenden anstrengen und auch die Bereitschaft zu erkennen geben müssten, Deutschland und seine Werteordnung als Heimat annehmen zu wollen, so sehr müsste auch die Gesellschaft auf der anderen Seite entsprechende Angebote an die Hinzukommenden machen. „Wenn ein junger Türke nur türkische Freunde hat und nicht auch deutsche, zeigt dies, dass hier noch viel Nachholbedarf ist“, so Beckstein.

Debatte versachlichen

Professor Kleinert beschrieb die Frage der Integration als „Kernfrage des künftigen Zusammenhalts unserer Gesellschaft“. Leider hätten alle politischen Kräfte zu einer Vergiftung der Debatte dieses Themas über die letzten zwanzig

Jahre beigetragen. „Die Politik hat die Frage der Integration viel zu lange als Gesinnungsfrage behandelt, nach dem Motto: ‚Wer ist der bessere Mensch?‘“ Es gelte, diese Aufgeregtheiten nicht weiter zu pflegen, sondern zu einer sachlichen Diskussion zurück zu kommen.

Gezielte Zuwanderung

Integrationsminister Armin Laschet pflichtete dem bei und bekannte, dass einige in der Union zu lange nicht wahrnehmen wollten, dass Zuwanderung nach Deutschland faktisch stattfindet. Jedoch hätten sich die Sozialdemokraten und vor allem die Grünen in den 80er Jahren zu lange notwendigen Gesetzesreformen verweigert, mit denen rechtzeitig eine zielgesteuerte Zuwanderung hätte sichergestellt werden können. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig darüber, dass Integration nicht allein von der Politik vorangetrieben werden kann: Vielmehr sei es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die zu uns kommenden Menschen, die integriert werden wollten, auch in unser Gemeinwesen aufzunehmen.



Türkischstämmige Frauenrechtlerin mit Courage: Serap Çileli



Der erste Integrationsminister in Deutschland: Armin Laschet

Integration ist Querschnittsaufgabe

„Bildung und Arbeit sind die Schlüssel für eine erfolgreiche Integration in der globalisierten Wissensgesellschaft“, betonte Rüttgers und verwies auf die Maßnahmen der Landesregierung vor allem



Generalsekretär Hendrik Wüst moderierte die Podiumsrunde auf dem 4. Reformkongress der CDU NRW